

sie erneut und aufs schärfste die USA-Aggression. Sie erklärten ihre brüderliche Solidarität mit dem heroisch kämpfenden vietnamesischen Volk. Sie sicherten zunehmende moralisch-politische und materielle Hilfe zu. Sie erklärten sich bereit, ihren Freiwilligen die Ausreise nach Vietnam zu ermöglichen, wenn die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam eine entsprechende Bitte äußern sollte. Sie verurteilten die Aktionen zur Ausweitung des Krieges auf Laos und Kambodscha und forderten die strikte Verwirklichung der Genfer Abkommen von 1954 und 1962. Die Tagung wies den Weg des Kampfes zur Beendigung der USA-Aggression.

Das Zentralkomitee unserer Partei verurteilt auf das entschiedenste diese Aggression und fordert ihre sofortige Beendigung. Wiederholt betonte unsere Partei, daß sie angesichts der USA-Aggression einheitliche Aktionen der sozialistischen Staaten und aller kommunistischen und Arbeiterparteien für das dringende Gebot der Stunde hält. Das Zentralkomitee brachte gegenüber der KPdSU den Dank und die Anerkennung unserer Partei und aller Werktätigen der DDR für die umfangreiche und uneigennützigte Unterstützung des vietnamesischen Volkes zum Ausdruck. Gleichzeitig wies es mehrfach darauf hin, daß die Spalterpolitik der herrschenden Gruppe in der Führung der Kommunistischen Partei Chinas und ihre hartnäckige Absage an ein gemeinsames Handeln den Freiheitskampf des vietnamesischen Volkes objektiv erschweren und die USA-Aggression begünstigen.

In einer von allen Fraktionen der Volkskammer am 1. September 1966 beschlossenen Erklärung wurde betont, daß die Auffassungen der Deutschen Demokratischen Republik mit denen der Demokratischen Republik Vietnam und der Nationalen Front zur Befreiung Südvietnams über Wege und Mittel der Lösung des Konfliktes übereinstimmen. Die Volkskammer forderte, die völkerrechtswidrigen Luftangriffe gegen das Territorium der Demokratischen Republik Vietnam sofort einzustellen, die Kampfhandlungen gegen die nationale Befreiungsbewegung Südvietnams zu beenden, die USA-Truppen aus Vietnam abzuziehen und die Genfer Indochina-Abkommen von 1954 und 1962 strikt zu verwirklichen und einzuhalten. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands betrachtet die Nationale Front für die Befreiung Südvietnams als die legitime Vertreterin der Interessen der Bevölkerung Südvietnams, die mit allen Kräften unterstützt werden muß. In der DDR wurde eine ständige Vertretung der Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams akkreditiert.

Vor allem aber entwickelte sich in unserer Republik eine wahre Volksbewegung der Solidarität und Hilfe für das vietnamesische Volk. Auf Initia-